

In Halle vierteljährlich bei postmaliger  
Zusendung 2,50 M., durch die Post  
3,25 M., ansehl. Anzeigengeld.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Im unentgeltlich empfangenen Manuskript  
sind keine Gebühre zu übernehmen.  
Korrekturen nur mit handschriftlicher  
Saale-Druckerei

# Saale-Beitung.

werden die 6 getragene Kolonnen  
oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet und im  
andern: Anzeigengeld und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Retouren die Seite 75 Pfg. für Halle,  
auswärts 1 M.

Ercheim täglich zweimal  
Sonntags und Montags einmal

Schreibstube und Druck-Verwaltung:  
Halle, Gr. Braunschweigstr. 177.  
Rebengasse 11. Markt 24.

Nr. 375.

Halle, Mittwoch, den 13. August

1913.

## Telegramme.

### Die Lüneviller Seifenblase.

Der Lüneviller „Zwischenfall“, der anfangs süßen und  
deußen die Gemüter kälter zu beunruhigen als notwendig  
war, hat sich in Wohlgefallen aufgelöst. Man telegra-  
phiert uns:

Paris, 12. Aug. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit-  
teilt, haben amtliche Ermittlungen über den angeblichen  
Zwischenfall von Lüneville bestätigt, daß den Erzählungen  
der Frau Schneider etwas Tatsächliches nicht zugrunde liegt.  
Als irrtümlich hat sich auch die Meldung der Presse heraus-  
gestellt, daß der Landw. Schreiber in Lüneville die  
Angaben seiner Frau nach einem Besuch in Lüneville als  
„angutreffend“ bezeichnet hätte.

W. Lüneville, 12. Aug. (Telegr.) Die Familie des  
deutschen Arbeiters Schneider ist heute morgen nach Baden  
abgereist. Es erregte sich kein Zwischenfall. Die Be-  
weiser erhoben gegen den Entschluß Schneiders, Lüneville  
zu verlassen, keinerlei Widerspruch.

Paris, 12. Aug. „Libre Parole“ schreibt über die  
Affäre Schneider: „Die Haltung der französischen Regie-  
rung in dieser Angelegenheit ist sehr bedauerlich.  
Warten wir ab, wie sich derartige Fälle noch vermehren  
werden. Wenn die französische Regierung sich dazu nicht  
versteht, ihre Untertanen vor derartigen Machinationen  
zu schützen, so ist sie auch verantwortlich, wenn die Bürger  
selbst vorgehen und den Eindringlingen von der anderen  
Seite Respekt und Achtung ihrer Rechte aufzwingen.“

## Der Groll der Konservativen gegen die Regierung.

Seitdem sich die Regierung hat einfallen lassen, die  
Deckungsquellen aus der Hand einer Reichstagsmehrheit  
entgegenzunehmen, zu der die Konservativen nicht gehören,  
und insbesondere einer Reichsvermögenszuwachssteuer mit  
der Besteuerung des Kindesvertrages zustimmen, ist man auf  
konservativer Seite auf die Regierung sehr schlecht zu spre-  
chen. Fast täglich finden sich in der konservativen Presse  
Aussagen weitgehender Unzufriedenheit, die in früheren  
Zeiten, da noch eitel Friede und Freundschaft herrschten, zu  
den größten Seltenheiten gehörten. So gab vor wenigen  
Tagen erst die „Kreuzzeitung“ unter der Überschrift „Welt-  
ansehen und Regierungspolitik“ Herrn v. Bethmann Holl-  
weg folgendes zu bedenken:

„Man hat hin und wieder den Eindruck gehabt, als ob  
diese Kunst und Klugheit des Voraussehens zurückgelassen würde  
zugunsten von Augenblickeserfolgen, die zugleich schwere  
grundständige Opfer bedeuten, Opfer des Intellekts und  
Opfer des Charakters; solche Dinge müssen sich immer rächen.  
Das „Voraussehen“ dagegen muß die durch die Bande der  
Weltanschauung Verbundenen zusammenhalten als Kämpfer  
und als Sieger.“

Nach Ansicht der „Kreuzzeitung“ kann natürlich nur das  
Beharren auf den Richtlinien eines „gesunden Konservatismus“  
das Reichsdiplom vor schwerem Schaden bewahren. Auch  
Herr Dr. Dietel konnte nicht umhin, die Regierung in der  
„Deutschen Tageszeitung“ mit förgenollter Stirn darauf hin-  
zuweisen, daß das Bestreben der Regierung in gewisser Weise und bis  
zu einem gewissen Grade den Sieg sozialdemokratischer  
Begehren bedeute. Aber es sind nicht nur die parlamentarischen  
Begehren der letzten Zeit, bei denen die konservative  
Presse einhakt, um der Regierung etwas am Zuge zu fassen.  
Sie läßt auch sonst keine Gelegenheit hierzu vorbegehen.  
So bringt die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer letzten Son-  
ntagsnummer (Nr. 40) aus den verschiedensten Anlässen ein  
ganzes Bündel von Klagen und Vorwürfen vor. Zunächst  
beschäftigt sie sich mit dem, was die „Nordd. Allg. Ztg.“  
über den Wertarbeitereinstreit sagt. Sie findet es ganz richtig,  
wenn das halbamtliche Blatt ein baldiges Ende des Streiks  
begehrt und hofft, daß das gewaltsame Heranziehen  
revolutionärer Ideen in wirtschaftliche Streiftreigen, wie es  
offenbar von der sozialdemokratischen Partei beabsichtigt sei,  
tunlichst vereitelt werde, daß endlich die auch in diesem Streit  
in großer Zahl vorhandenen Arbeitswilligen davor bewahrt  
bleiben, mit ihren Angehörigen all das Elend auszufolgen,  
das anderenfalls über sie hereinbrechen würde. „Aber, so  
fährt das agrarkonservative Organ fort, nicht minder richtig  
und wichtig ist es, daß die Regierung die Pflicht hat, auch  
ihre Seite mit aller Entschiedenheit und durchdringender

Kraft dafür zu sorgen, daß nicht nur bei diesem, sondern bei  
jedem Streife die Arbeitswilligen davor bewahrt bleiben,  
mit ihren Angehörigen das Elend auszufolgen. Man darf  
nicht nur andere an ihre Pflichten erinnern, sondern muß sich  
auch auf die seinen besinnen.“ Der Artikel trägt die fette  
Überschrift: „Die Pflicht der Regierung“, womit bereits zur  
Genüge angedeutet ist, daß die Regierung pflichtvergessen  
handelt.

In einer anderen Stelle gibt die „Deutsche Tagesztg.“  
die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu den Streitig-  
keiten in der sozialdemokratischen Partei wieder. Dagegen  
die Norddeutsche lediglich referiert und zum Schluß ein Ber-  
liner feierliches Blatt zitiert, nach dessen Ansicht dem Fort-  
bestand einer einheitlichen sozialdemokratischen Reichstags-  
fraktion Gefahr drohe, so kann sich die „Deutsche Tagesztg.“  
doch nicht die Bemerkung verhehlen:

„Diese Verurteilungen machen beinahe den Eindruck, als  
ob die amtlichen Stellen geneigt seien, die Bedeutung der  
Streitigkeiten zu überschätzen. Das würde außerordentlich  
bedenklich sein.“

Und endlich gibt der „Deutschen Tageszeitung“ die Tat-  
sache, daß die Vorlage über die Verurteilung des Militärstraf-  
gesetzbuches jetzt vom Kaiser vollzogen worden ist. Anlaß zu  
Bemängelungen. Obwohl in nichtkonserativen Kreisen die  
Genehmigung allgemein ist, daß jene Reichstagsbeschlüsse so  
prompt durchgeführt und dadurch den sozialdemokratischen  
Verdrähtungen, die sich schon wieder bemerkbar machten,  
der Boden entzogen wurde, obwohl ferner die „Deutsche  
Tageszeitung“ selbst zugibt, daß unsere Freunde im  
Reichstage haben mit zwei Ausnahmen für den Entwurf ge-  
stimmt, sie sind also damit einverstanden, daß er möglichst  
schnell Gesetz geworden ist, so hat sie doch noch zu nörgeln  
zu tritten. „Gleichwohl“, sagt sie, „macht solche Geset-  
gebungsarbeit einen perfekten Eindruck. Wenn die Verur-  
teilung des Militärstrafgesetzbuches so dringend notwendig  
war, so hätten die verbündeten Regierungen nicht erst auf  
die sozialdemokratische Anregung warten dürfen.“

Das nennt man denn doch den Anlaß zum Nörgeln an  
den Haaren herbeiziehen. Bedenkt man, daß alle die hier  
zitierten Vorwürfe gegen die Regierung sich in einer einzigen  
Nummer der „Deutschen Tageszeitung“ befinden und sich  
immer weniger begründen als bei andere, so kann  
man nur sagen, daß es sich um eine systematische Beise gegen  
die Regierung, eine planvolle Stimmungsmache handelt, die  
gerade von der konservativen Presse als feinfühlig, ungebühr-  
lich, vaterlandsfeindlich gerügt werden würde, falls sich eine  
andere bürgerliche Partei ihrer schuldig machte. Der Reichs-  
fänger, gegen den dieses Gebahren in erster Linie gerichtet  
ist, wird mit tun, sich mit Maßregeln zu versehen, wie der  
konservative Fronte am besten zu begegnen ist.

## Schutz gegen Pöphopathen.

S. Halle a. S., 13. August.

Zu dem in Nr. 335 der „Saale-Zeitung“ veröffentlichten  
Artikel „Talente der unteren Schichten“ erhalten wir von  
geschätzter Seite folgende Zuschrift:

Was ist über Vorkürse für Minderwertige nicht alles  
schon geredet und geschrieben, wieviel Millionen sind und  
werden noch jährlich ausgegeben, um Geisteskrüppel groß zu  
ziehen. Es sei hier an die Wochkosten erinnert, die schon  
ein Hilfsschüler gegenüber einem Normalpfeiler macht.

Mit welchem Aufwand von nationalen Mitteln werden  
die Anstalten erhalten, die den pöphopathisch Veranlagten  
aufnehmen, um ihn den degenerativen Einflüssen seiner  
Umgebung fern zu halten, planmäßig erzoglich auf ihn ein-  
zuwirken. Aber trotz aller finanziellen Opfer, trotz aller er-  
ziehlichen Bemühungen geringer Erfolg! Es werden kaum  
halbe Arbeitskräfte, nur Halbmenschen herangebildet, an  
denen die Gesellschaft oft schwer zu tragen hat; denn der  
Minderwertige wird nie ein Vollmensch, eine geistige Volkstraft  
werden, der sich Rechenschaft zu geben vermöchte über sein  
Denken, Empfinden und Handeln. Außerdem bleiben wir  
mit unseren Bemühungen, unserer vielfach transthaften Be-  
kämpfung um ihr leibliches und geistiges Wohl auf halbem  
Wege stehen. Bis zum 21. Lebensjahr sind viele von den  
jugendlichen Pöphopathen leidlich verlorst und aufgehoben,  
dann aber bricht die Fürtörse ab, Behütungsmassnahmen  
reichen nicht mehr an sie heran. Für 21jährige erziehlere  
kaum noch geistliche Sandhanden, ihre Reigung zur Krimi-  
nalität einzudämmen. Die erwachsenen Pöphopathen sind  
dann allen Verurteilungen ihres Milieus — in denen sie nicht  
unterliegen — ebenso schuldiglos ausgeliefert, wie die Gesell-  
schaft ihnen schuldiglos gegenübersteht. Der Gefährdung der  
öffentlichen Sicherheit, der Störung des Friedens durch diese  
Menschenklasse wird bedauerlicherweise dadurch geradezu Vor-  
schub geleistet, daß alles, wofür ein Normaler büßen, bluten  
muß, bei ihnen auf das Konto geistige Minderwertigkeit ge-  
setzt wird. In den meisten Fällen wird ihre strafrechtliche  
Verantwortung verneint, brauchen sie also die Konsequenzen  
ihres Handelns nicht zu tragen. Da erziehlere es fast wün-  
schenswert, daß diejenigen, die ihre Strafrecht befür-  
worten, einmal einige Zeit ihren Bosheiten, Disziplinlosig-  
keiten, Verleumdungen ausgeliefert würden. Denn nicht alle  
Pöphopathen sind, wie schon bemerkt, harmlose, gutmütige  
Geschöpfe, die sich leicht in einen Wirkungskreis einfügen

lassen; das beweisen die Erfahrungen derer, die sich ihre  
Fürtörse angelegen sein lassen, die sich mit ihrer Unterbrin-  
gung beschäftigen. Das beweist auch die seit Jahren bei der  
Heeresverwaltung getroffene Einrichtung, alle minder-  
wertigen Elemente durch Pöphopathen auslesen zu lassen, damit  
Verfälsche gegen Disziplin vermeriden und Vorgesetzten Schwie-  
rigkeiten und Ärger erspart werden. Ohne entbehrt sich  
die Heeresverwaltung ihrer pöphopathischen Defekten ohne zu fragen,  
was aus ihnen wird, wenn sie nun zur Last fallen. Die menschl-  
iche Gesellschaft, in die sie hineingelassen werden, steht ihnen  
schuldiglos gegenüber. Ebenso gibt es eine große Zahl an der  
Grenze der Imbezillität stehender weiblicher Wesen, die in-  
folge gehobener Intelligenz, einseitig entwickelter Schlantheit  
nicht ohne weiteres vom Laien als minderwertig erkannt  
werden. Niemand weiß, daß sie als pöphopathische Defekte auf der  
Liste eines Nervenzarzes verzeichnet sind, oder deren Name  
noch tiefer vergraben in einer Gerichtsakte liegt. Oft ihnen  
Herrschaften nicht, daß sie in dem Dienstmädchen, in der Auf-  
wärterin eine Pöphopathin ins Haus nehmen. Erziehung-  
smaßnahmen sind oft schwer einzusetzen, weil die größtmöglichen  
Hausarbeit zu gehen, vorzuziehen mit dem Lande  
ober der Kleinstadt zugezogenen Mädchen versorgen müssen,  
wo es weder Pöphopathen, Schulärzte, noch weniger Pöphopathen  
gibt. Auf diese Weise bleibt verborgen, daß das Mädchen  
in seinem Heimatorte in Schule und Gemeinde als Ballast  
empfundene wurde, daß es vielleicht erblich belastet ist. Nie-  
mand ahnt, welches Kreuz er mit dem Engagement auf sich  
geladen, denn das Mädchen versteht flug zu reden, einen so-  
genannten guten Eindruck zu machen. Da ist es nicht zu ver-  
wundern, wenn Klagen über Dienstboten laut werden, und es  
ist furchtbar, was manche Hausfrau an Unzufriedenheiten  
seitens eines minderwertigen Geschöpfes ertragen muß. Oft  
kommt es vor, daß über solche Klagen gepöphopathet wird, daß das  
Nichtaushalten im Dienst der Herrin zur Last gelegt wird,  
ohne auf den Gedanken zu kommen, daß dieselben bösen Er-  
fahrungen und Unzufriedenheiten, die sich beim Militär  
durch Einstellung imbezilliter männlicher Individuen ergaben,  
auch hier die Quelle aller Leiden sein könnten. Hier  
wie dort dieselben Schwierigkeiten: Mangel an Einsicht von  
der Notwendigkeit der Unterordnung, Mangel an Selbst-  
zucht, Disziplinlosigkeit, Verlogenheit, Trägheit usw. Welche  
der Herrschaft, die an ein solch. s Mädchen gerät, denn die  
an der Grenze der Imbezillität stehenden machen nicht bloß  
Schwierigkeiten, sie können sogar gefährlich werden, nämlich  
dann, wenn sie unter Menschen geraten, die sie auf Kosten  
der Herrschaft auszunutzen verstehen. Da Pöphopathen leicht  
zur Kriminalität neigen, ist Diebstahl bei ihnen nicht ver-  
wunderlich, sie nehmen struppellos, was ihnen paßt.

Man braucht nicht erst auf Mittel und Wege  
zur Abhilfe zu sinnen, es ist längst auf solche hinge-  
wiesen, z. B. auf dem 7. Internationalen Kongress für  
kriminelle Anthropologie in Köln. Dort wurde vorgeschlagen,  
den in Frage kommenden Individuen auf dem Wege der Ge-  
sellschaftung durch Erweiterung des Entmündigungspara-  
graphen eine soziale Stütze und damit zugleich den Anor-  
malen-Schutz zu verschaffen. Es ist nur eine Forderung der  
Billigkeit, wenn jemand die Konsequenzen seines Handelns  
nicht zu tragen braucht, wenn er ungerührt festset, beleidigt,  
auch Bosheiten ausüben kann, daß er dann auch nicht  
mit den Rechten und Freiheiten vollkommener, unbedenklicher  
Menschen ausgestattet werden darf; daß für ihn Schutzver-  
pflicht, Bevormundung am Plage ist. Sei es nun Entmündi-  
gung und Bestellung eines Vormundes, sei es lebenslängliche  
gesetzlich fundierte, unter Kontrolle beamteter Personen ge-  
stellte, von Privatpersonen ausgeübte Schutzverpflichtung; je-  
denfalls bietet sich hier für den Gesehaher Gelegenheit, eine  
Lücke auszufüllen! Stellung unter Schutzverpflichtung, ausgeübt  
von Privatpersonen, die mit gewissen Rechten auszustatten  
sind, scheint am leichtesten durchführbar. Ein Vorgehen ähn-  
lich dem, das bei Unterbringung von Fürtörgezüglingen in  
Privatpflege angewendet wird. Sie alle zu assimilieren, sie  
Anstaltsmenschen sein zu lassen, dazu ist dieser Menschenstrom  
seit Jahren zu gewaltig angeschwollen, dazu ist ihre Zahl  
zu groß, wird auch vorläufig noch immer größer werden, da  
gerade diese Menschenklasse sich in schrankenloser Weise an der  
Fortpflanzung beteiligt. Ob der Nation mit der zahlreichen  
Nachkommenschaft dieser Geisteskrüppel, die später vor-  
wiegend kommunaler oder staatlicher Pflege anheimfällt, ge-  
dient ist, muß angezweifelt werden; einbeut das Wortes:  
„Wer andere will erziehen, muß selbst erzogen sein...“  
Trinfern und Minderwertigen heideler Geisteslicht sollte  
man ohne Härte aber frei von Hyperhumanität begegnen;  
denn durch ihre meist erblich belasteten Nachwuchs sind wir  
dahin gekommen, daß heute 2/3 der Bevölkerung mit getragen,  
ertragen, durchgeschleppt werden müssen. Darf sich die menschl-  
iche Gesellschaft nicht gegen solche Überbevölkerung wehren?  
Darf der Teil der Bevölkerung, der auf eigenen Füßen steht,  
der volle Verantwortung für sein Handeln tragen will und  
tragen muß, nicht schützende Massnahmen vom Gesehaher  
beanpruchen, gegen diejenigen, die als Pöphopathen begeiz-  
net werden?









Die Werte in Currenkräften, mit der Zinsinrerlinie. Es bedeutet: 100 Mark = 1 Reichsmark, 100 Reichsmark = 1 Reichsmark, 100 Reichsmark = 1 Reichsmark, 100 Reichsmark = 1 Reichsmark.

Berliner Börse, 12 August 1913

Noten- und Wechselkurse, 12. August 1913. 100 Reichsmark = 100 Mark, 100 Reichsmark = 100 Mark, 100 Reichsmark = 100 Mark.

Main table containing various market data including stock prices (e.g., Akt., Fds., Staats-P.), bond yields (e.g., Reichsanleihe), and exchange rates (e.g., London, New York). Columns include instrument names, quantities, and prices.